VEREINIGUNG DER HESSISCHEN
UNTERNEHMERVERBÄNDE

Mehr Wirtschaft wagen!

Mehr Freiheit leben!

Erwartungen der hessischen Wirtschaft

zur Bundestagswahl 2017

- Bereich Klima -

Frankfurt am Main
Stand: 5. Juli 2017

Klimaschutz geht günstiger

Klimapolitik nur ökologisch zu rechtfertigen

Die Wirtschaft befürwortet die Verminderung des Ausstoßes von Treibhausgasen mit dem Ziel, eine zu starke Erwärmung des Klimas und ihre negativen Folgen zu verhindern. Diese ökologische Zielsetzung kann massive Eingriffe des Staates, etwa bei Strom, Industrie, Verkehr und Gebäuden, rechtfertigen – ebenso wie die nötige Anpassung an den unvermeidbaren Klimawandel. Nicht akzeptabel sind Begründungen für Interventionen, die nicht ökologisch begründet sind, wie etwa „nationale Autarkie“, „Industriepolitik“, „Förderung einzelner Technologien“, „Vorrang dezentraler Strukturen“ oder „keine Konzerne“. Letztere sind unvereinbar mit freiheitlicher Marktwirtschaft. Klimapolitik muss verhältnismäßig sein und ökologische, ökonomische und soziale Belange gleichermaßen berücksichtigen. Der Wirtschaft dürfen keine internationalen Wettbewerbsnachteile entstehen.

Europäische und nationale Ziele und Instrumente aufeinander abstimmen

Der Klimawandel ist nur global zu lösen. Nötig ist ein globales Klimaabkommen, in das alle großen Emittenten einbezogen werden. Die europäische und die deutsche Klimaschutzpolitik benötigt Nachahmer, um eine relevante ökologische Wirkung entfalten zu können. Dazu müssen die Ziele und Instrumente der Klimapolitik der EU und Deutschlands viel besser aufeinander abgestimmt werden. Vorrang hat die EU. Die Kosten der rein nationalen Klimapolitik sind viel zu hoch, und die Instrumente haben teils gar keine ökologische Wirkung. Die deutsche Klimapolitik droht zum abschreckenden Beispiel zu werden und muss reformiert werden.

EU-Cap-and-Trade-System bei Strom und Industrie wirken lassen

Das seit 2005 bestehende europäische Cap-and-Trade-System ist das einzig funktionierende Klimaschutzinstrument in Stromerzeugung und Industrie: Die Mengenbegrenzung („Cap“) garantiert die Erreichung der Emissionsminderungen. Die Handelbarkeit der Zertifikate („Trade“) garantiert, dass die Ziele kostengünstige erreicht werden. Das Cap-and-Trade-System funktioniert unabhängig vom CO2-Preis. Preistreibende politische Eingriffe sollten unterbleiben. Die Reform für die 4. Handelsperiode (2021-2030) droht zu steigenden CO2-Preisen und Belastungen der Betriebe zu führen. Allein daher sollte auf zusätzliche nationale Instrumente verzichtet werden. Zumal nationale Regelungen in Sektoren, die vom Cap-and-Trade-System erfasst werden, keine direkten Auswirkungen auf die EU-Treibhausgasbilanz haben. Sie erhöhen nur die Kosten der Klimapolitik, wie etwa das EEG. Die im Klimaschutzplan 2050 des Bundes genannten Sektorziele für Industrie und Strom sind abzulehnen.

Einführung von CO2-Deckeln für die Bereiche Hauswärme und Verkehr

Für die Verbrennung von Benzin, Diesel und Erdgas im Straßenverkehr sowie für Heizöl und Erdgas in Gebäuden sollten zwei, vom bestehenden Cap-and-Trade-System unabhängige, CO2-Deckel eingeführt und jährlich abgesenkt werden. Davon betroffen wären weniger als 100 Mineralölgesellschaften, Raffinerien und große Unternehmen in Deutschland, die bisher schon die Mineralölsteuer abführen. Sie würden verpflichtet, ihre Ware entsprechend ihrer Treibhausgasbilanz mit handelbaren CO2-Zertifikaten zu hinterlegen. Bestehende Vorschriften, Verteuerungen und Subventionen wie die Energieeinsparverordnung (EnEV), CO2-Grenzwerte bei Neuwagen oder ein Nutzungszwang für erneuerbare Wärmeerzeugung wären überflüssig und könnten reduziert bzw. ganz gestrichen werden.